

Gute Chancen

Der endgültige Entscheid für das Schneesportzentrum fällt Ende 2013. Die Walliser Kandidaturen Fiesch und Crans-Montana sind laut Staatsrat Freysinger gut unterwegs. Das Schneesportzentrum ist wichtig. Wenn es ins Wallis kommt, stellt der Kanton Wallis eine Mitfinanzierung mit 25 Prozent in Aussicht, erhielt Diego Clausen (CSPO) auf eine entsprechende Frage zur Antwort.

Sicherheit nicht gefährdet

Philipp Schnyder (CSPO) hat Befürchtungen wegen der Sicherheit, weil die Inspektoren des Kantonalen Amts für Feuerwesen (KAF) die Sicherheitsbeauftragten der Gemeinden bei Gebäudeinspektionen nicht mehr begleiten und unterstützen. Staatsrat Freysinger gibt Entwarnung. Arbeitsüberlastung und personelle Probleme bestehen, sollen aber bis Mitte 2014 gelöst werden. Die Massnahmen haben keinen Einfluss auf die Sicherheit.

GROSSRAT KOMPAKT

Ein Postulat von Gilbert Truffer (Linksallianz) Wasserwerkbelkraftwerke zu fördern, wird angenommen. Auch das Abwasser soll künftig für die Energiegewinnung genutzt werden.

Mit der Lex Weber beschäftigen sich die CVPO-Grossräte Philipp Matthias Bregy und Beat Rieder. Die grosse Schwierigkeit ist laut Staatsrat Cina die Rechtsunsicherheit. Es gab erste Entlassungen im Juli. Ab 2014 wird es noch schwieriger. Die Personalbestände und die Arbeitsprozesse der RAVs werden angepasst. Dann gibt es laut Cina mindestens 1500 Arbeitslose mehr. Studien gehen von einem Verlust von 3000 Stellen aus.

Diego Clausen (CSPO) will mittels Postulat für die Geothermie klare Regeln.

Die Linksallianz will in einem Postulat, dass der Kanton die Bemühungen hinsichtlich der Beibehaltung des aktuellen Poststellennetzes koordiniert.

Die Grünen verlangen, dass sich der Staatsrat stärker in Sachen Koordination der Einführung einer Zweitwohnungstaxe engagiert. Staatsrat Jean-Michel Cina betont, dass es kommunale Abgaben sind. Der Kanton steht beratend zur Seite, wenn es gewünscht ist. Mehr nicht; das Volk hat dies 2009 klar abgelehnt.

Die Änderungen des Gesetzes über den Anwaltsberuf und des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung und des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung werden einstimmig (und jeweils in einer Lesung) angenommen. Den Finanzhilfen für Bildung und Forschung wird ebenfalls zugestimmt. Es sind 29 Millionen Franken auf vier Jahre verteilt. **hbi**

Grosser Rat | Parlament stimmt dem neuen Primarschulgesetz zu

Ja ohne Begeisterung

SITTEN | Das neue Primarschulgesetz ist unter Dach. Erneut gab es über 70 Abänderungsanträge.

Der Reformbedarf ist unbestritten. In Zukunft spricht man von elf obligatorischen Schuljahren, die in drei Zyklen eingeteilt sind. Das Eintrittsalter fällt auf das vierte Altersjahr. Der Kindergarten heisst neu Schuljahr 1 und 2.

Klassenlehrer mit mehr als 50 Prozent Pensum

In der ersten Lesung gingen 132 Abänderungsvorschläge ein, diesmal sind es «nur» noch 72. Am häufigsten muss Staatsrat Oskar Freysinger den eigenen Parteikollegen Paroli bieten. Denn die meisten Anträge (33) kamen von den beiden SVP-Fraktionen. Besonders ins Zeug legt sich SVPO-Grossratsuppulant Sandro Fux. Die SVPO will ein Unterrichtspensum für Klassenlehrpersonen von 60 Prozent, das Gesetz mehr als 50 Prozent. Auch Staatsrat Oskar Freysinger sieht bei 60 Prozent Probleme. Mit 101 Nein zu 21 Ja wurde der Antrag abgelehnt. Ebenso wie kein Mitspracherecht der Schuldirektion bei der Einschulung, das obligatorische Lernen der Walliser und der Schweizer Nationalhymne, der Erhalt der Oberwalliser Mundart oder ein Verbot der Kopfbedeckung.

Keine Reduktion der Lektionen

Spannend wird es beim Änderungsantrag 34 der CVPO. Pro Woche sind 33 Lektionen geplant. Die Kommission ist gegen Einsparungen auf Kosten der Schüler. Man will nicht sparen, sondern vereinfachen, betont Philipp Matthias Bregy (CVPO). Die Oberwalliser Schuldirektoren machten sich im Vorfeld ebenfalls für eine Re-



Lange Debatte. Nach mehr als dreistündiger Debatte war Oskar Freysinger am Ziel. Das neue Primarschulgesetz wurde vom Parlament in der zweiten Lesung angenommen. **FOTO WB**

duktion auf 30 Stunden stark. Die Mehrkosten für das neue Gesetz werden sich auf rund zehn Millionen Franken belaufen. Rund sieben Millionen Franken könnte man damit einsparen. Die CVPM ist trotzdem dagegen. Auch German Eyer (Linksallianz) ist gegen diese «reine Sparübung auf dem Buckel der Schule». Er befürchtet eine Nivellierung der Walliser Schule nach unten. Eyer zeigt sich erstaunt über die Oberwalliser Schuldirektoren. Auch Jean-Luc Addor (SVPU) ist gegen eine Reduktion, ebenso die FDP/Liberale. Und auch die CVPM lehnt ein «verbilligtes» Gesetz ab. Für Marylène Volpi Fournier (Grüne) kommt der Vorschlag zu spät. Man kann nicht abschätzen, ob es zu einer Qualitätseinbusse kommt. Für Alexander Allenbach (CSPO) bringt das Gesetz kaum zusätz-

liche Kosten. Philipp Matthias Bregy warnt trotzdem vor einem Entscheid gegen die Basis: «Die Lehrerinnen und Lehrer sind für 30 Stunden.» Auch Staatsrat Freysinger hebt den Mahnfinger: «Je länger man zur Schule geht, desto besser wird man. Das ist wie bei einem Gitarrenspieler.» Letztlich wurde der Antrag mit 102 Nein gegen 23 Ja und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Noten ab der zweiten Klasse

Das Kind soll künftig ab dem vierten Harmo-S-Jahr (zweite Primarklasse) benotet werden. Im ersten Schuljahr besucht das Kind die Schule halbtags. Es ist für alle, auch für Bildungsminister Freysinger, die beste Lösung. Zur Schule gehen soll man am Wohnort. Das Gesetz sieht auch ein begleitetes Stu-

dium vor. Die Begeisterung des Parlaments für das neue Gesetz, das eines aus dem Jahr 1962 ersetzt, hält sich in Grenzen. Das Gesetz wird auch keine Revolution der Walliser Primarschule zur Folge haben. Die Schüler werden mit dem Gesetz besser lernen als einzelne Abgeordneten damit leben können.

Die SVP-Fraktionen lehnen es ab. Auch die CVPO: «Die Lehrer, die Schüler und die kleinen Bergdörfer werden die Zeche zahlen», prophezeit Philipp Matthias Bregy.

Für Kommissionspräsident Raymond Borgeat (Linksallianz) wird man auch künftig eine gute Schule haben. Freysinger bedauert, dass einige Fraktionen das Gesetz ablehnen werden. Mit 81 Ja gegen 31 Nein und drei Enthaltungen wird das Gesetz angenommen. **hbi**

Das Fest kann beginnen

Die offizielle Feier des 200-Jahr-Jubiläums kann geplant werden. Mit 109 Ja-Stimmen (ohne Nein) wurde dem Verpflichtungskredit von 13 Millionen Franken zugestimmt. 21 Parlamentarierinnen und Parlamentarier schafften es zum Sitzungsbeginn allerdings noch nicht an ihren Platz... Finanziert werden die 13 Sternprojekte und die 18 «Label 2015»-Veranstaltungen und fünf weitere Anlässe wie das vom 11. Juni bis 12. Juli 2015 in Raron und Visp stattfindende Eidgenössische Schützenfest (ESF) und auch das 150-Jahr-Jubiläum der Erstbesteigung des Matterhorns oder der Auftritt an der Weltausstellung in Mailand. Die Gesamtbudgets aller geplanten Aktivitäten belaufen sich auf 68 Millionen Franken. Netto sind es für den Kanton allerdings nur drei Millionen Franken, denn zehn Millionen Franken will die Loterie Romande übernehmen.

SVP nicht am WWF-Apéro

Die SVP gab sich gestern konsequent. Die Einladung des WWF, der diese Woche im Parlament mit einer Ausstellung präsent war, lehnte man ab. Grossrat Charles Clerc begründete dies damit, dass der WWF (und andere Umweltverbände) bei vielen Projekten mit Ideen und Einsparungen immer wieder gegen das Wallis politisieren würde.

KORRIGENDA

In der gestrigen Berichterstattung titelten wir, dass das Parlament künftig nach den Neuwahlen acht Jahre Pause machen würde. Es sind natürlich nur acht Wochen, bis die konstituierende Sitzung spätestens stattfinden soll. Acht Jahre ohne parlamentarische Debatten wären dann doch des Guten zu viel... **hbi**

Fragestunde | R3-Restkosten, die Erhöhung der Bussen oder die Abwesenheiten von Staatsräten

Drei Beschwerden gegen R3-Restkosten

SITTEN | Den Schlüssel für die Verteilung der Restkosten der Rottenkorrektur hat der Staatsrat auf Basis der Rhonekommission gefällt.

In der Fragestunde will die CVPO-Fraktion Auskünfte zur Übernahme der Restkosten der 3. Rhonekorrektur. Beat Rieder und Philipp Matthias Bregy fragen an, welche Kriterien der Staatsrat zur Verteilung der Restkosten der 3. Rhonekorrektur anwendet. Sie zeigen sich erstaunt, dass Gemeinden mit grosser Fläche, insbesondere kleinere Berggemeinden, pro Einwohner mehr bezahlen müssen als Gemeinden, welche durch die 3. Rhonekorrektur direkt geschützt werden und welche ihrerseits keinen Beitrag an die Hochwasserschutzkosten der eingangs erwähnten Gemeinden leisten müssen.

Staatsrat Jean-Michel Cina antwortet für den abwesenden Departementsvorsteher Jacques Melly. Der Staatsrat stützte sich laut Cina auf den Entscheid der Rhonekommission. Da sind auch die Walliser

Gemeinden vertreten. Die verschiedenen politischen Aspekte müssen berücksichtigt werden. Kriterien sind das Solidaritätsprinzip (15 Prozent Gewichtung), das Verursacherprinzip (25 Prozent) und das Nutznießerprinzip (60 Prozent). Allen Walliser Gemeinden wurden die «Spielregeln» mitgeteilt. Es gab drei Beschwerden. Zwei Gemeinden legten einzeln Rekurs ein, einige Gommer Gemeinden machten eine gemeinsame Beschwerde. Staatsrat Cina verspricht rasche Verfahren.

Cina sagt in der Fragestunde weiter, dass beim Grundbuchamt der Bezirke Leuk und Westlich Raron keine Stellen gestrichen wurden. Alle Ämter des Kantons werden analysiert (Alwin Steiner und Beat Rieder).

Der Staatsrat hat keine Kenntnis betreffend die Verzollungsstation in Brig. Eine Anfrage an die Eidgenössische Zollverwaltung wurde gemacht (Reinhold Schnyder, Linksallianz).

Man prüft Hilfe für die Walliser Traubenproduzenten. Der Staatsrat ist besorgt. Laut



Viele Interventionen. Das Parlament nutzte gestern die parlamentarischen Mittel sehr intensiv. **FOTO WB**

Jean-Michel Cina gibt es aber keinen Fonds. Man will die vorhandenen Mittel nutzen, um zu helfen. Franz Ruppen (SVPO) will wissen, wie der Staatsrat zur Familieninitiative steht? Staatsratspräsident Maurice Tornay erklärt, dass man die Erhöhung des Vignetten-

preises auf 100 Franken unterstützt, die Familieninitiative aber nicht. Auf die Frage der FDP/Liberalen betreffend der Abwesenheit von Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten erklärt Maurice Tornay nur, dass diese Absenz schon lange bekannt gewesen sei... Die Bus-

senstrategie des Kantons bleibt unverändert, sagt Staatsrat Freysinger. Es gibt keine Aufteilung Ober- und Unterwallis, jährlich sind es etwa 1,5 Millionen Franken. Es wird jedoch verstärkte Kontrollen geben, etwa in der 30er-Zone (Aron Pfammatter, CVPO). **hbi**